der funke

Zeitung der DKP Bad Kreuznach — Extrablatt Januar 2026

Weltweite Proteste gegen den brutalen und völkerrechtswidrigen Überfall auf Venezuela:

Mord und Menschenraub

USA überfallen Venezuela – Bundesregierung schweigt

Kundgebung der SDAJ am 3. Januar in Essen

Weiter auf der Rückseite, Nachdruck aus der UZ, der Wochenzeitung der DKP, siehe auch SDAJ https://www.sdaj.org/

Höhere Grundsteuern seit 2025, höhere Wasserpreise in Bad Kreuznach und Umland, Parkgebühren für Anwohner. Was kommt als nächstes?

Der tiefe Griff der Stadt in unsere Taschen und was das mit Landes- und Bundespolitik zu tun hat

2025 wurden in Umsetzung eines Bundesgesetzes, das CDU/CSU, SPD, GRÜNE und FDP 2018 beschlossen hatten, die **Grundsteuer B** auch in Bad Kreuznach für bewohnte Immobilien teils massiv erhöht. Die individuelle Betroffenheit war unterschiedlich, von mehreren Faktoren abhängig. Gewerbeimmobilien sollten bis zu 90 % entlastet werden, durch ein Landesgesetz „nur“ noch um bis zu 75 %. Schon zuvor wurden die Kommunen vom Land gezwungen, nach altem Recht die Grundsteuer B massiv zu erhöhen, ansonsten wären die meisten kommunalen Haushalte nicht genehmigt worden. Viele Mieterinnen und Mieter werden das erst jetzt mit der Nebenkostenabrechnung für 2025 zu spüren bekommen.

Hier, wie bei den anderen Erhöhungen, zeigt sich **das Dilemma der Kommunen,** die ständig neue Aufgaben bekommen, aber keine entsprechende Finanzierung von Land und Bund. Und **das Elend jener**

Kommunalpolitiker, die das zwar beklagen, aber dafür werben, am 22. März wieder die gleichen verantwortlichen Leute in den Landtag von Rheinland-Pfalz zu wählen, die uns das eingebrockt haben.

Parkgebühren für Anwohner, die selbst oder deren Vorbesitzer mit bis zu 90 % die Baukosten „ihrer“ Straßen zahlen mussten, sollen Haushaltslöcher stopfen, ebenso eine geplante Bettensteuer. Dehoga läuft Sturm dagegen, aber egoistisch, ohne Solidarität mit anderen. Es ist dabei fast müßig darüber zu diskutieren, ob denn die defizitäre Kreuznacher „Bäderlandschaft“ zu erhalten sei oder nicht. Fakt ist: die Pflichtaufgaben nehmen der Stadt die Luft für all das. Und nicht nur in Bad Kreuznach. Die wenigsten Städte haben einen so potenten Steuerzahler wie z. B. Ingelheim.

Zur **Erhöhung der Wasserpreise** um 14,5% seit 2024: Obwohl es die aktuelle Rechtslage nicht mehr erlaubt, kassieren die Anteilseigner der Stadtwerke, RWE und Enovos, mit 49 % Geschäftsanteil weiterhin auch beim Wassergeld mit. Zudem sind die Stadtwerke auch von den hohen Energiekosten belastet, wie ihre privaten Kunden, die enorme Steigerungen gerade bei den Heizkosten zu beklagen haben. Und da sind wir dann wieder bei der „großen Politik“.

Der Schuss der Baerböcke, Russland mittels völkerrechtswidriger Sanktionen ruinieren zu wollen, ging voll nach hinten los. Das ökologisch schmutzige Frackinggas aus den USA kostet an der Grenze das Fünffache des Pipelinegases aus Russland. Das spürt auch die Industrie, wo sich Konkurse und Verlagerungen ins Ausland häufen. Wobei niemand darauf wettet, dass die USA unter Trump ihre Verträge so gewissenhaft erfüllen werden wie die Sowjetunion und Russland über 50 Jahre lang, egal, wie die politische Lage war.

Wenn jetzt Deutschland gegen ein Russland, dem alleine die NATO in Westeuropa um das 1,4-fache überlegen ist, außer bei Atomwaffen, „kriegstüchtig“ statt friedensfähig gemacht, der Ukrainekrieg weiter finanziert werden soll, dann fehlt das Geld nicht nur den Kommunen. Die ca. 120 Milliarden Euro, nach NATO-Kriterien, für Rüstung alleine 2026, werden auch in Bildung, Gesundheit, Pflege, Umweltschutz usw. fehlen. Kurzfristiges Wachstum dadurch kommt den Aktionären von Rheinmetall usw. zugute. Jede Rüstungsmillion hat nur 1/3 des Arbeitsplatzeffektes wie in zivilen Bereichen. Nichts Neues, u.a. früher auch von gewerkschaftsnahen Ökonomen immer wieder vorgerechnet.

Wer da dann noch meint, mit Debatten über Bäderlandschaften und Parkgebühren allein etwas bewegen zu können, hat entweder den sprichwörtlichen Schuss nicht gehört oder lenkt von den wirklichen Ursachen ab. Wohl auch, um im März wieder in den Landtag zu kommen. Das sollten wir nicht vergessen, wenn man um unsere Wählerstimmen anhält.

Venezuela….

Der Imperialismus ist auf dem absteigenden Ast – wohin man auch schaut, reiht sich Krise an Krise, der Globale Süden will sich nicht länger unterjochen lassen, Bündnisse wie BRICS stehen den westlichen Zentren gegenüber und etablieren Alternativen zu Weltbank und Co. – die multipolare Weltordnung ist auf dem Vormarsch. Doch der Imperialismus kämpft mit Zähnen und Klauen um sein Überleben. Sein jüngstes Opfer: Die Bolivarische Republik Venezuela.

In der Nacht zum vergangenen Samstag überfielen die USA mit 250 Flugzeugen, Hubschraubern und Drohnen das Land, töteten zahlreiche Menschen, unter ihnen 32 kubanische Sicherheitskräfte, und entführten den Präsidenten Venezuelas, Nicolás Maduro Moros. Das Staatsoberhaupt wurde nach New York verschleppt, wo er einem Richter vorgeführt wurde – als Verhaftungsgrund gaben die USA Drogengeschäfte an.

Doch der Imperialismus kämpft nicht nur mit Zähnen und Klauen, er verschleiert seine Absichten nicht mehr. Unumwunden gibt US-Präsident Donald Trump zu, dass es bei dem Angriff gegen Venezuela und seinen Staatschef nicht um Drogen ging, sondern um Öl. Zur Erinnerung: Venezuela ist das Land mit den größten Ölvorkommen der Welt.

Doch sich die Erdölvorräte unter den Nagel zu reißen, ist nicht der einzige Zweck des Staatsterrorismus der USA gegen Venezuela. Neben der geopolitischen Ausrichtung gegen die Volksrepublik China ist auch das sozialistische Kuba Ziel der Attacke. Die mörderische US-Blockade soll sich durch die Unterbindung venezolanischer Öllieferungen noch katastrophaler auswirken. Auch diese Umsturzpläne geben die USA unverhohlen zu.

Und die wertebasierte Europäische Union? Freut sich ebenfalls kaum verhohlen über den US-amerikanischen Angriff. Verschnupft ist man hier höchstens über die Absage, die Trump einer Präsidentschaft von María Corina Machado erteilt hat. Dabei hatte man ihr doch so schön den Weg geebnet, Friedensnobelpreis inklusive.

Auch von der Bundesregierung ertönt beredtes Schweigen. Die rechtliche Einordnung sei „komplex“, so Bundeskanzler Merz (CDU) zu Bombardierung, Mord und Menschenraub. Von Solidarität mit einem angegriffenen souveränen Staat oder Entsetzen über den eklatanten Bruch des Völkerrechts keine Spur. Aber was erwartet man von einer Regierung, die im Sinne der Staatsräson Völkermord nicht nur ignoriert, sondern den Mördern noch die Waffen liefert? Und so kann Trump fröhlich weiterdrohen: gegen Kuba, Kolumbien, gegen Mexiko und den Iran – die bundesdeutsche Politik bleibt ihren Werten treu. Und zu denen gehört es anscheinend auch, sich dem Willen der USA unterzuordnen und den gesamten amerikanischen Kontinent als Hinterhof der USA anzuerkennen. Nur bei Grönland, da hört der Spaß auf. Und auf einmal pocht auch ein Johann Wadephul (CDU) auf das Völkerrecht.

Melina Deymann

(Aus der aktuellen Ausgabe der UZ – unsere zeit – Zeitung der DKP)

DKP

Mehr Informationen unter
unsere-zeit.de oder
uzlinks.de/usangriff

V.i.S.d.P.: August Bebel 60 DKP Mittelfranken, Jahnstraße 34, 91126 Schwabach

Begriffserklärung: Umgangssprachlich, in Politik und Medien werden Begriffe oft anders verwendet, als im marxistischen Sinn. Z.B. Ausbeutung, was ein ökonomisch definierter Begriff ist, keiner, der zum beliebigen Moralisieren geeignet ist. So auch der Begriff **Imperialismus**. Der britische Ökonom Hobson definierte ihn als Weiterentwicklung des Kapitalismus aus dessen Gesetzmäßigkeiten heraus. Bucharin und Lenin entwickelten das weiter. Siehe: https://h7.cl/1hKr9 oder Lenin Werke Bd. 22. In dem Sinne ist er hier zu lesen.

Impressum: der funke extra der DKP Bad Kreuznach, 15. Januar 2026, Kontakt und v.i.S.d.P.: V. Metzroth, PF 525, 55529 KH, bad-kreuznach@dkp-rlp.de , auf https://dkp-rlp.de/bad-kreuznach veröffentlicht, auch via E-Mail und als Flugblatt (Auflage nach Bedarf) verbreitet. Wer in den Mail-Verteiler möchte, schreibe bitte an obige Mail-Adresse. Die DKP KH trifft sich i.d.R. am 1. Mittwoch und 3. Montag des Monats. Ort und Zeit können unter obiger E-Mail-Adresse abgefragt werden.